

**Vielen Dank für Ihr Interesse an unseren juristischen Fachbüchern.**

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie einen Auszug Ihres gewünschten JVP-Exemplars als Leseprobe.

Sie können die komplette Ausgabe jederzeit direkt „online“ unter **[www.jvpegnitz.de](http://www.jvpegnitz.de)**, per Fax oder Telefon bestellen.

**Juristischer Verlag Pegnitz**

Lohestraße 17

D - 91257 Pegnitz

Telefon: +49 - (0)9241 / 8091-0

Telefax: +49 - (0)9241 / 8091-21

E-Mail: [info@jvpegnitz.de](mailto:info@jvpegnitz.de)

Internet: <http://www.jvpegnitz.de>

# **Zivilprozessrecht**

von

**Markus Heyner**

**Diplom-Rechtspfleger, LL.B.**

Oberlandesgericht Nürnberg,  
IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz

unter Mitarbeit von:

**Uwe Wasserl**

**Diplom-Rechtspfleger**

Bayerische Justizakademie

Stand: Januar 2022

**Juristischer Verlag Pegnitz GmbH**

---

## **Vorwort**

Das vorliegende neu überarbeitete Lehrbuch soll Ihnen, wie auch schon die Voraufgaben, einen Überblick über das Zivilprozessrecht geben und dient aufgrund der zahlreichen Beispiele in erster Linie dazu, Ihnen die Zusammenhänge verständlich zu vermitteln, damit Sie ein Gespür für das zivilprozessrechtliche Verfahren bekommen.

Es wendet sich überwiegend an die Auszubildenden zur Justizfachwirtin / zum Justizfachwirt und an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Serviceeinheiten tätig sind. Das Buch kann selbstverständlich auch in der Gerichtsvollzieherausbildung als begleitendes Unterrichtsmaterial dienen und ist letztendlich für jeden gedacht, der sich mit dem Thema auseinandersetzen möchte.

Wir haben uns in diesem Lehrbuch bemüht, die teilweise recht schwierig gefassten Vorschriften der Zivilprozessordnung in eigene Worte zu „übersetzen“, um Ihnen so die Angst vor dem doch recht anspruchsvollen Zivilprozessrecht zu nehmen. Denn wir wissen noch aus unserer Studienzeit, dass es manchmal nicht so ganz einfach ist mit dem Verfahrensrecht.

Stets gerne und dankbar nehmen wir Hinweise und Anregungen zur Verbesserung entgegen und hoffen so, dieses Lehrbuch immer weiter optimieren zu können.

Aufgrund einiger Anregungen durch die Leser dieses Buches, erfolgten Gesetzesänderungen und der Erfahrungen, die wir im Unterricht und auf Vorträgen gesammelt haben, wurde das Buch von uns erneut überarbeitet.

Pegnitz, im Januar 2022

Markus Heyner  
Diplom-Rechtspfleger (FH)  
Bachelor of Laws, LL.B.  
Oberlandesgericht Nürnberg,  
IT-Servicezentrum  
der bayerischen Justiz

Uwe Wasserl  
Diplom-Rechtspfleger (FH)  
  
Bayerische Justizakademie

## Inhaltsverzeichnis

<b>EINFÜHRUNG</b>	<b>15</b>
<b>Abgrenzung des materiellen zum formellen Recht .....</b>	<b>15</b>
<b>Sinn und Zweck des Zivilprozesses .....</b>	<b>18</b>
<b>Überblick über den typischen Verlauf eines Zivilprozesses.....</b>	<b>21</b>
<b>Die streitige Zivilgerichtsbarkeit .....</b>	<b>25</b>
Rechtswegezuständigkeit .....	25
Allgemeine Vorüberlegungen .....	25
Die unterschiedlichen Gerichtsbarkeiten .....	26
Ordentliche Gerichtsbarkeit .....	27
Besondere Gerichtsbarkeit .....	28
Beispiele zur Rechtswegezuständigkeit .....	30
Deutsche Gerichtsbarkeit .....	32
Exterritorialität.....	34
Wirkungen der Exterritorialität .....	34
<b>Wesentliche Grundsätze des Zivilprozesses .....</b>	<b>36</b>
Dispositionsgrundsatz .....	37
Verhandlungsgrundsatz / Untersuchungsgrundsatz .....	40
Grundsatz des rechtlichen Gehörs .....	41
Öffentlichkeitsgrundsatz .....	42
Grundsatz der Pflicht zur Wahrheit und Vollständigkeit.....	43
Beschleunigungsgrundsatz.....	44
Grundsatz der Verfahrenseinheit.....	44
Grundsatz der Mündlichkeit.....	44
Unmittelbarkeit und freie Beweiswürdigung.....	46
<b>Organe der Rechtspflege in Zivilsachen .....</b>	<b>47</b>
Richter .....	47
Rechtsanwalt.....	49
Anwaltszwang.....	49
Kein Anwaltszwang im Fall des § 78 Abs. 3 ZPO .....	49
Rechtspfleger .....	50
Urkundsbeamter .....	52
Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen .....	54
Ausschließung .....	54
Ablehnung eines Richters.....	56
Selbstablehnung eines Richters .....	60
Protokollbeispiele für eine Richterablehnung.....	60
<b>DIE WESENTLICHEN PROZESSVORAUSSETZUNGEN</b>	<b>62</b>
<b>Grundlagen .....</b>	<b>62</b>
Begriffe .....	62
Schematische Darstellung .....	65

<b>Zuständigkeit des Gerichts .....</b>	<b>69</b>
Rechtswegezuständigkeit .....	70
Internationale Zuständigkeit .....	74
Sachliche Zuständigkeit der Zivilgerichte .....	75
Örtliche Zuständigkeit der Zivilgerichte .....	78
Prorogation (Zuständigkeitsvereinbarung zwischen den Parteien) .....	88
Angeordnete Zuständigkeit .....	92
Fehlen der Zuständigkeit des angerufenen Gerichts.....	92
Zuständigkeit fehlt <b>von Anfang an</b> .....	93
Zuständigkeit <b>fällt nachträglich weg</b> .....	94
Übungsfälle zur sachlichen und örtlichen Zuständigkeit.....	96
Funktionelle Zuständigkeit .....	115
 <b>Parteifähigkeit .....</b>	 <b>116</b>
Begriff und gesetzliche Regelung der Parteifähigkeit.....	117
Begriff der Partei .....	117
Begriff der Parteifähigkeit.....	117
Parteifähigkeit der natürlichen Personen .....	118
Parteifähigkeit der juristischen Personen .....	118
Parteifähigkeit nicht juristischer Personen .....	119
Offene Handelsgesellschaft / Kommanditgesellschaft .....	119
Gesellschaft des bürgerlichen Rechts .....	119
Nicht eingetragener Verein .....	120
Ende der Parteifähigkeit.....	120
 <b>Prozessfähigkeit.....</b>	 <b>120</b>
Begriff und gesetzliche Regelung der Prozessfähigkeit .....	121
Prozessfähigkeit der natürlichen Personen .....	121
Voll geschäftsfähige Personen.....	121
Geschäftsunfähige Personen .....	122
Beschränkt geschäftsfähige Personen.....	123
Prozess(un)fähigkeit der juristischen Personen .....	124
Vertretung nicht prozessfähiger Parteien .....	125
 <b>Postulationsfähigkeit.....</b>	 <b>127</b>
Begriff der Postulationsfähigkeit.....	127
Anwaltsprozess – Parteiprozess .....	127
Ausnahmen vom Anwaltszwang im Anwaltsprozess.....	128
Prozessvollmacht .....	129
Ende der Prozessvollmacht .....	132
Beistand .....	133
 <b>Exkurs: Parteien und die Beteiligung Dritter am Zivilprozess .....</b>	 <b>134</b>
Streitgenossenschaft.....	135
Hauptintervention (§§ 64, 65 ZPO) .....	136
Nebenintervention (§§ 66 – 71 ZPO) .....	137
 <b>Ordnungsgemäße Klageerhebung .....</b>	 <b>137</b>
Wahl der richtigen Klageart.....	138
Leistungsklage .....	138
Feststellungsklage .....	140
Gestaltungsklage .....	144

---

Beispielsfälle zu den Klagearten.....	145
Exkurs: Die Widerklage .....	148
Exkurs: Der Urkunden - und Wechselprozess .....	150
Inhalt der Klageschrift.....	152
 <b>Sonstige Prozessvoraussetzungen .....</b>	 <b>157</b>
 <b>Prüfung der Voraussetzungen .....</b>	 <b>158</b>
 <b>DIE WIRKUNGEN DER KLAGEZUSTELLUNG .....</b>	 <b>158</b>
 <b>Begriffe und Verfahrensgang nach Einreichung der Klage .....</b>	 <b>158</b>
Anhängigkeit der Klage .....	158
Rechtshängigkeit der Klage.....	159
 <b>Prozessuale Wirkungen .....</b>	 <b>161</b>
 <b>Materiell-rechtliche Wirkungen .....</b>	 <b>163</b>
 <b>PROZESSKOSTEN .....</b>	 <b>166</b>
 <b>Allgemeines .....</b>	 <b>166</b>
 <b>Kostenschuldner .....</b>	 <b>167</b>
 <b>Kosten(grund)entscheidung.....</b>	 <b>169</b>
Allgemeines .....	169
Anfechtung einer Kostengrundentscheidung .....	171
 <b>Kostenfestsetzungsverfahren .....</b>	 <b>171</b>
Allgemeines .....	171
Verfahrensablauf .....	172
Anfechtung des Kostenfestsetzungsbeschlusses.....	173
 <b>Vereinfachtes Festsetzungsverfahren u. Festsetzung der Vergütung.....</b>	 <b>174</b>
 <b>ZUSTELLUNGSRECHT .....</b>	 <b>175</b>
 <b>Einführung, Grundbegriffe.....</b>	 <b>175</b>
Bedeutung und Zweck der Bekanntmachungen .....	175
Begriff und Zweck der Zustellung .....	176
 <b>Amtszustellung und Parteizustellung.....</b>	 <b>177</b>
Grundbegriffe der Zustellung .....	178
 <b>Die Zustellung von Amts wegen (Regelfall) .....</b>	 <b>179</b>
Zuständigkeiten des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle .....	179
Der Zustellungsadressat.....	181
Prozessfähige Parteien .....	181
Prozessunfähige Parteien.....	182
Prozessbevollmächtigter, § 172 ZPO .....	184
Bevollmächtigter im Sinne des § 171 ZPO .....	186

---

Zustellung durch den Urkundsbeamten .....	187
Aushändigung an der Amtsstelle (§ 174 ZPO).....	187
Zustellung gegen Empfangsbekenntnis (§ 175 ZPO).....	188
Zustellung durch Einschreiben mit Rückschein (§ 176 ZPO) .....	189
Zustellung durch andere Organe.....	189
Zustellung an den Adressaten (§ 177 ZPO).....	191
Ersatzzustellung an eine Vertrauensperson (§ 178 Abs. 1 ZPO).....	191
Zustellung bei Annahmeverweigerung (§ 179 ZPO) .....	198
Ersatzzustellung durch Einlegen in den Briefkasten (§ 180 ZPO).....	199
Ersatzzustellung durch Niederlegung (§ 181 ZPO).....	200
Die öffentliche Zustellung (§ 185 ZPO) .....	201
Zustellung durch Aufgabe zur Post .....	203
Heilung von Zustellungsmängeln (§ 189 ZPO).....	203
<b>Zustellung im Parteibetrieb (Ausnahme) .....</b>	<b>204</b>
Zuständigkeiten des Gerichtsvollziehers .....	205
Tätigkeiten des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle .....	206
Zustellung von Anwalt zu Anwalt.....	207
Fälle zum Zustellrecht .....	207
Zustellung einer Abschrift oder Ausfertigung .....	210
Vorbereitung einer Zustellung .....	212
<b>FRISTEN UND TERMINE .....</b>	<b>212</b>
<b>Grundlagen .....</b>	<b>212</b>
<b>Besonderheiten bei sog. Notfristen.....</b>	<b>214</b>
<b>Grundsätzliches zur Berechnung der Fristen.....</b>	<b>215</b>
Fristbeginn bei richterlichen Fristen .....	215
Fristbeginn bei gesetzlichen Fristen.....	216
Abkürzung von Fristen .....	216
Verlängerung von Fristen.....	217
<b>Fristberechnung.....</b>	<b>217</b>
Fristbeginn .....	217
Dauer der Frist .....	218
Fristende .....	218
<b>Fälle zur Fristberechnung (inkl. Anschlussfristen).....</b>	<b>221</b>
<b>Ausblick auf die Verjährung.....</b>	<b>232</b>
<b>Termine im zivilrechtlichen Verfahren .....</b>	<b>233</b>
Allgemeines.....	233
Ladungen .....	235
Ladung zum persönlichen Erscheinen .....	239

---

<b>DIE VORBEREITUNG DER MÜNDLICHEN VERHANDLUNG</b>	<b>240</b>
<b>Versuch der gütlichen Beilegung des Rechtsstreits</b>	<b>241</b>
Prozessvergleich	241
Obligatorische Güteverhandlung	242
Hinweis auf das Bayerische Schlichtungsgesetz (BaySchlG)	244
Weitere Möglichkeiten zur gütlichen Streitbeilegung	245
<b>Der frühe erste Termin, § 275 ZPO</b>	<b>245</b>
<b>Das schriftliche Vorverfahren</b>	<b>246</b>
Durchführung des schriftlichen Vorverfahrens	246
Frist zur Anzeige der Verteidigungsbereitschaft	247
Folgen der Versäumnis der Notfrist des § 276 Abs. 1 Satz 1 ZPO	248
Anerkenntnis des Beklagten, § 307 ZPO	248
Besonderheiten beim Mahnverfahren	249
Frist zur Klageerwidern	249
Folgen der Versäumnis der Frist zur Klageerwidern	250
Übersicht über den Ablauf des Haupttermins	251
<b>DAS SÄUMNISVERFAHREN</b>	<b>252</b>
<b>Voraussetzungen für den Erlass eines Versäumnisurteils</b>	<b>252</b>
Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils	253
Termin zur mündlichen Verhandlung	253
Ordnungsgemäße Anberaumung des Verhandlungstermins	255
Säumnis der Partei	255
Nichterscheinen der Partei	255
Nichtverhandeln einer Partei	256
Es darf kein Erlasshindernis vorliegen	257
Zulässigkeit der Klage	259
Besonderheit: Schlüssigkeit der Klage	259
<b>Mögliche Entscheidungen</b>	<b>260</b>
bei Säumnis des Beklagten	260
bei Säumnis des Klägers	261
Besonderheit bei Säumnis im schriftlichen Vorverfahren	261
Entscheidung nach Aktenlage	262
<b>Zustellung des Versäumnisurteils</b>	<b>262</b>
<b>Einspruch gegen das Versäumnisurteil, § 338 ZPO</b>	<b>262</b>
Einspruch ist unzulässig	264
Einspruch ist zulässig	265
Säumnis im Einspruchstermin	266
Säumnis des Einspruchsführers	266
Fehlerhaftigkeit des 1. Versäumnisurteils	268
Säumnis dessen, zu dessen Gunsten das Versäumnisurteil ergangen ist	268
<b>Fälle zum Säumnisverfahren</b>	<b>269</b>



<b>MÖGLICHKEIT DER VORZEITIGEN VERFAHRENSBEENDIGUNG DURCH PARTEIHANDLUNG</b>	<b>273</b>
<b>Klagerücknahme, § 269 ZPO</b>	<b>274</b>
<b>Klageverzicht, § 306 ZPO</b>	<b>277</b>
<b>Erledigung der Hauptsache</b>	<b>278</b>
übereinstimmende (beidseitige) Erledigterklärung	279
einseitige Erledigterklärung	279
<b>Prozessvergleich</b>	<b>280</b>
Wirkungen des Vergleichs	282
Folgen bei Mängeln	283
<b>Anerkenntnis, § 307 ZPO</b>	<b>283</b>
<b>Ruhen des Verfahrens</b>	<b>285</b>
<b>Säumnis</b>	<b>285</b>
<b>PROZESSBEENDIGUNG DURCH URTEIL</b>	<b>286</b>
<b>Arten von Urteilen, §§ 300 ff. ZPO</b>	<b>287</b>
<b>Form und Inhalt des Urteils</b>	<b>289</b>
<b>Urteilsverkündung</b>	<b>292</b>
<b>Ausfertigung und Zustellung von Urteilen</b>	<b>294</b>
<b>Kosten des Verfahrens</b>	<b>296</b>
<b>Ergänzung und Berichtigung von Urteilen</b>	<b>297</b>
<b>RECHTSMITTEL</b>	<b>299</b>
<b>Allgemeines zu Rechtsmitteln</b>	<b>299</b>
Unterscheidung Rechtsmittel – Rechtsbehelf	299
Begriff des Rechtszugs	300
Die Beschwer	300
<b>Berufung, §§ 511 ff. ZPO</b>	<b>301</b>
Einlegung der Berufung	303
Begründung der Berufung	304
Verfahren nach Einlegung und Begründung der Berufung	306
Rücknahme der Berufung und Verzicht auf die Berufung	307
Anschlussberufung	309

---

<b>Revision, §§ 542 ff. ZPO .....</b>	<b>309</b>
Nichtzulassungsbeschwerde bei Nichtzulassung .....	311
Einlegung der Revision .....	311
Begründung der Revision .....	312
Verfahren nach Einlegung der Revision .....	313
Sprungrevision, § 566 ZPO .....	314
 <b>„Beschwerden“ .....</b>	 <b>315</b>
Sofortige Beschwerde, §§ 567 ff. ZPO .....	315
Einlegung der sofortigen Beschwerde .....	316
Begründung der sofortigen Beschwerde und weiteres Vorgehen .....	317
Erinnerung, § 573 ZPO .....	318
Rechtsbeschwerde, § 574 ff. ZPO .....	318
Abgrenzung der Beschwerde zur Erinnerung (§ 11 RPflG) .....	319
 <b>Materielle und formelle Rechtskraft .....</b>	 <b>320</b>
Nachweis der formellen Rechtskraft .....	322
Durchbrechung der Rechtskraft .....	323
 <b>Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, §§ 230 ff. ZPO .....</b>	 <b>326</b>
 <b>DAS MAHNVERFAHREN .....</b>	 <b>329</b>
<b>Bedeutung und Zweck .....</b>	<b>329</b>
<b>Zulässigkeitsvoraussetzungen, § 688 ZPO .....</b>	<b>330</b>
<b>Zuständigkeit .....</b>	<b>330</b>
<b>Inhalt des Mahnantrags, § 690 ZPO .....</b>	<b>332</b>
<b>Entscheidung über den Mahnantrag .....</b>	<b>333</b>
<b>Widerspruch des Antragsgegners .....</b>	<b>336</b>
Rechtzeitige Einlegung des Widerspruchs .....	336
Verspätete Einlegung des Widerspruchs .....	337
 <b>Der Vollstreckungsbescheid .....</b>	 <b>338</b>
Voraussetzungen für den Erlass .....	338
Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid .....	338
 <b>Fälle zum Mahnverfahren .....</b>	 <b>340</b>
 <b>RECHTSHILFE – AMTSHILFE .....</b>	 <b>343</b>
 <b>AKTENEINSICHT, ERTEILUNG VON AUSFERTIGUNGEN, AUSZÜGEN UND ABSCHRIFTEN .....</b>	 <b>345</b>

<b>PROZESSKOSTENHILFE – BERATUNGSHILFE</b>	<b>346</b>
<b>Prozesskostenhilfe .....</b>	<b>346</b>
<b>Beratungshilfe .....</b>	<b>349</b>
<b>DIE VOLLSTRECKBARE AUSFERTIGUNG</b>	<b>351</b>
Sinn und Zweck der vollstreckbaren Ausfertigung .....	351
Zuständigkeit für die Erteilung der Vollstreckungsklausel .....	352
Zuständigkeit des Rechtspflegers im Fall des § 726 Abs. 1 ZPO.....	357
Besonderheit des § 726 Abs. 2 ZPO.....	358
Zuständigkeit des Rechtspflegers im Fall des § 727 ZPO.....	359
<b>DER EINSTWEILIGE RECHTSCHUTZ IM ZIVILVERFAHREN</b>	<b>361</b>
<b>Der Arrest .....</b>	<b>363</b>
Das Arrestverfahren im Überblick .....	363
Voraussetzungen für die Anordnung eines Arrestes .....	364
Sicherungsbedürfnis .....	364
Arrestanspruch.....	365
Arrestgrund .....	365
Arten des Arrestes .....	366
Verfahren bis zum Erlass des Arrestes .....	367
Zuständigkeit.....	367
Antragsvoraussetzungen .....	368
Die Entscheidung über den Arrestantrag .....	368
Inhalt des Arrestbefehls .....	369
Rechtsmittel und Rechtsbehelfe.....	370
<b>Der persönliche Arrest .....</b>	<b>371</b>
Die Anordnung des persönlichen Arrestes.....	371
<b>Einstweilige Verfügung .....</b>	<b>372</b>
Zweck der einstweiligen Verfügung.....	372
Unterschiede zum Arrest.....	373
<b>Arten der einstweiligen Verfügung.....</b>	<b>374</b>
Die Sicherungsverfügung, § 935 ZPO.....	374
Die Regelungsverfügung, § 940 ZPO .....	375
Die Leistungsverfügung, § 940 ZPO analog .....	376
<b>STICHWORTVERZEICHNIS</b>	<b>379</b>

## Einführung

### Abgrenzung des materiellen zum formellen Recht

#### Fall 1:

Der 15-jährige Viktor aus Nürnberg verkauft über einen Online-Marktplatz seine gebrauchte Stereoanlage mit Einwilligung seiner Eltern für 350,- € an Karl aus Augsburg. Der Kaufvertrag ist somit unproblematisch wirksam.

Entgegen aller Gepflogenheiten versendet Viktor nach Ende der Auktion die Stereoanlage sofort an Karl. Er war sich hierbei sehr sicher, dass Karl zahlen werde und hat den Eingang des Geldes daher nicht abgewartet.

Es kommt, wie es kommen muss: Karl zahlt nicht und reagiert auch auf keine Mahnung.

#### **Welche Fragen wird sich Viktor nun stellen?**

Wie Sie bereits aus dem materiellen Zivilrecht wissen sollten, ist im vorliegenden Fall der Anspruch auf Kaufpreiszahlung nach § 433 Abs. 2 BGB durch das Vorliegen zweier wirksamer Willenserklärungen ordnungsgemäß entstanden und auch nicht etwa durch Erfüllung nach § 362 Abs. 1 BGB oder durch andere „Erlöschenstatbestände“ wieder erloschen. Die genaue gutachtliche Prüfung lassen wir jetzt einmal außen vor – das können Sie bereits.

Viktor hat somit nach wie vor gegen Karl einen Anspruch auf Zahlung des Kaufpreises in Höhe von 350,- € nach § 433 Abs. 2 BGB.

Was ist aber zu tun, wenn der Anspruch vom Anspruchsgegner – in unserem Fall von **Karl** – nicht bezahlt wird und welche Fragen wird sich Viktor dabei stellen?

Viktor wird sich zunächst die Frage stellen, ob er überhaupt vor Gericht ziehen muss oder ihm unter Umständen andere Wege zur Verfügung stehen, um an sein Geld zu kommen.

Wenn er sich entschieden hat, den (unter Umständen beschwerlichen) Klageweg zu beschreiten, wird er sich überlegen, ob er Karl konkret **auf Zahlung** einer bestimmten Geldsumme verklagen muss (Variante 1), oder ob es auch genügt, durch das Gericht einfach **feststellen zu lassen**, dass Karl ihm einen bestimmten Geldbetrag schuldet (Variante 2).

Der Unterschied liegt in der Formulierung des Klageantrags und dann auch unter Umständen des Urteils:

Variante 1: Karl wird verurteilt, 350,- € an Viktor zu bezahlen.

Variante 2: Es wird festgestellt, dass Karl Viktor 350,- € schuldet.

Es sei schon hier verraten, dass eine spätere Vollstreckung nur möglich ist, wenn es sich um ein Urteil handelt, in dem der Schuldner zu einer Leistung verpflichtet worden ist. Variante 2 wäre also in einer späteren Vollstreckung als Grundlage nicht ausreichend.

Er wird sich darüber hinaus auch noch fragen, wie denn so eine „Klageschrift“ auszusehen hat, die er bei Gericht einreichen muss und ob er als 15-Jähriger die Klage ohne seine Eltern überhaupt einreichen kann.

Und außerdem: Braucht er denn zur Führung des Prozesses zusätzlich einen Rechtsanwalt?

Darüber hinaus wird sich Viktor auch fragen, vor welchem Gericht er Karl verklagen kann – wenn er ihn denn verklagen muss:

Muss er sich an das Amtsgericht wenden, an das Landgericht oder an das Oberlandesgericht, bzw. ist sogar das Verwaltungs- oder das Arbeitsgericht zuständig?

Muss er Karl eigentlich in Nürnberg verklagen oder kann er dies auch in Augsburg tun, oder vielleicht sogar in einer Stadt seiner Wahl – vielleicht in Hamburg?

All diese Fragen beantwortet uns das **formelle** (Prozess-)Recht, welches in der Zivilprozessordnung (ZPO) geregelt ist. Diejenigen Voraussetzungen, die vorliegen **müssen**, damit die Maschinerie „Zivilprozess“ überhaupt in Gang kommt, werden vom Gericht unter dem Punkt **„Zulässigkeit einer Klage“** geprüft.

Wenn er alle „Formalien“ erfüllt hat, wird sich Viktor auch noch fragen, ob er vor Gericht dann auch Recht bekommt, also ob sein Anspruch auf Kaufpreiszahlung überhaupt besteht?

Die Frage, ob der Anspruch auch wirklich besteht und die Sie bereits aus dem BGB-Unterricht kennen („Prüfen Sie, ob Viktor von Karl Kaufpreiszahlung verlangen kann“), wird vom Gericht unter dem Begriff **„Begründetheit einer Klage“** geprüft.

Der Kläger wird mit seiner Klage insgesamt also immer nur dann Erfolg haben, wenn die Klage zulässig **und** begründet ist.

**Merke:**

Eine Klage hat immer **nur dann** Aussicht auf Erfolg, wenn sie zulässig ist (also wenn die formellen Voraussetzungen erfüllt sind) **und** wenn sie begründet ist (also der eingeklagte Anspruch materiell-rechtlich auch tatsächlich besteht).

Um zu prüfen, ob ein Anspruch besteht bzw. ob die Klage begründet ist, empfiehlt sich – wie Sie aus dem Zivilrecht bereits kennen müssten – folgendes Prüfungsschema:

- Ist der Anspruch wirksam entstanden,
- nicht erloschen und
- stehen ihm auch keine Einreden entgegen?

Diese Fragen werden durch das **materielle Recht** beantwortet (geregelt u.a. im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB)).

**Merke:**

Das materielle Recht regelt die Frage, **ob** einer Person ein Anspruch überhaupt zusteht.

Das formelle (Prozess-)Recht regelt dagegen die Frage, auf welche Art und Weise ein Anspruch gerichtlich durchgesetzt werden kann.

Wir werden uns im folgenden Lehrbuch ausschließlich auf das **formelle Recht** konzentrieren und uns insbesondere mit der Frage auseinandersetzen, welche Voraussetzungen vorliegen müssen, damit ein Zivilprozess ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.

Das materielle Recht hingegen haben Sie bereits im Zivilrechtsunterricht genauestens kennen gelernt<sup>1</sup> und soll in diesem Buch nicht wiederholt werden.

Zum besseren Verständnis des zivilprozessrechtlichen Verfahrens ist es jedoch zunächst erforderlich, auf den folgenden Seiten einige Vorüberlegungen anzustellen.

**Sinn und Zweck des Zivilprozesses**

Der Zivilprozess und damit auch die Zivilprozessordnung (ZPO) dienen letztendlich der Sicherung des Rechtsfriedens.

Denn in einem geordneten Rechtsstaat, der die Bundesrepublik Deutschland nach Art. 20 Abs. 3 GG ist, ist niemand berechtigt, **außerhalb** eines **gesetzlich vorgeschriebenen Gerichtsverfahrens** sein Recht „auf eigene Faust“ zwangsweise durchzusetzen.

Aufgabe des Gerichts ist es daher, anstehende Rechtskonflikte zwischen zwei Parteien in einem **rechtlich geordneten Verfahren** zu lösen, entweder durch eine richterliche Entscheidung (Urteil) oder durch gütliche Beilegung des Rechtsstreits, wenn die Parteien dazu bereit sind (Vergleich).

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu auch: Lehrbuch Nr. 4 „Zivilrecht“, Juristischer Verlag Pegnitz GmbH, Pegnitz

Dieses zur Streitbeilegung unter Umständen erforderliche, rechtlich geordnete Verfahren (der Zivilprozess) teilt sich auf in zwei große Abschnitte, die voneinander abgegrenzt werden müssen:

- zunächst **das Erkenntnisverfahren**, das der Prüfung und Feststellung des Anspruchs dient und den eigentlichen Zivilprozess darstellt.

In diesem Verfahren werden die Parteien als **Kläger und Beklagter** bezeichnet, in einigen Fällen auch als **Antragsteller und Antragsgegner**.

Es wird hier die Erkenntnis über die Frage gewonnen, **ob** dem Kläger der eingeklagte Anspruch auch wirklich zusteht oder nicht.

In der Zivilprozessordnung ist das Erkenntnisverfahren im Wesentlichen im 2. Buch geregelt (§§ 253 – 510b ZPO).

- und zum anderen **das Zwangsvollstreckungsverfahren**, das zur Verwirklichung des (z.B. durch Urteil oder Vergleich) zuerkannten Anspruchs dient und dann erforderlich ist, wenn der gerichtlich festgestellte Anspruch nicht freiwillig erfüllt wird.

Er muss dann zwangsweise durchgesetzt werden, wofür dem Gläubiger staatliche Organe zur Verfügung stehen (z.B. Gerichtsvollzieher, Rechtspfleger am Vollstreckungsgericht etc.).

In diesem Verfahren heißen die Beteiligten **Gläubiger und Schuldner**, manchmal auch **Antragsteller und Antragsgegner**<sup>2</sup>.

Das Zwangsvollstreckungsverfahren ist in der Zivilprozessordnung im Wesentlichen im 8. Buch geregelt (§§ 704 – 898 ZPO), und ist **völlig unabhängig vom Erkenntnisverfahren** zu betrachten,

---

<sup>2</sup> Näheres zum Thema „Zwangsvollstreckungsrecht“ finden Sie im gleichnamigen Lehrbuch Nr. 6; Juristischer Verlag Pegnitz GmbH, Pegnitz



auch wenn es sich in aller Regel an das Erkenntnisverfahren anschließt.

Es muss aber nicht immer zwingend eine Zwangsvollstreckung stattfinden, wenn ein Erkenntnisverfahren vorausgegangen ist. So kann logischerweise eine Vollstreckung aus einem Urteil nicht stattfinden, wenn der titulierte Anspruch zwischenzeitlich erfüllt worden ist.

Erkenntnisverfahren	Vollstreckungsverfahren
---------------------	-------------------------



Unter Umständen ist es aber auch möglich, die Zwangsvollstreckung ohne vorangegangenes Erkenntnisverfahren zu betreiben. (z.B.: bei der Zwangsvollstreckung aufgrund einer notariellen Urkunde, § 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO)<sup>3</sup>.

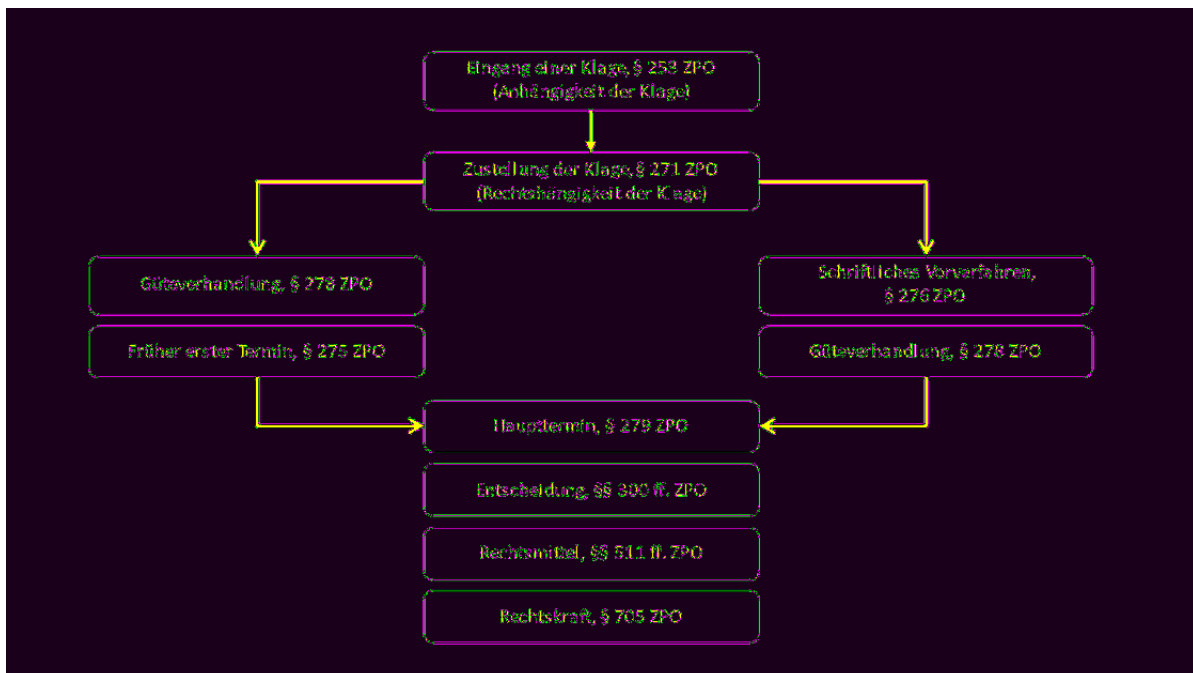
Zwischen dem Erkenntnisverfahren und dem Vollstreckungsverfahren gibt es praktisch als Art „Zwischenglied“ das sogenannte Klauselerteilungsverfahren nach §§ 724 ff. ZPO:

In diesem Klauselerteilungsverfahren wird dem Gläubiger durch das zuständige Organ bescheinigt, dass aus dem vorgelegten „Titel“ (in der Regel stammt dieser aus dem Erkenntnisverfahren) die Zwangsvollstreckung betrieben werden kann.

Ohne diese „Bescheinigung“, die Sie am Ende dieses Lehrbuchs noch kennen lernen werden und die das zivilprozessrechtliche (Erkenntnis)Verfahren abschließt, kann in aller Regel die Zwangsvollstreckung nicht betrieben werden, wobei es auch hiervon die ein oder andere Ausnahme gibt.

<sup>3</sup> Näheres hierzu: Lehrbuch Nr. 6 „Zwangsvollstreckungsrecht“, Juristischer Verlag Pegnitz GmbH, Pegnitz

## Überblick über den typischen Verlauf eines Zivilprozesses



### Fall 2 (Fortführung von Fall 1):

Viktor, der im Übrigen leidenschaftlicher Bodybuilder und mehrfach ausgezeichneter Kampfsportler ist, hat eigentlich keine Lust, sich der Hilfe eines staatlichen Gerichts zu bedienen. Das ist ihm zu teuer und dauert seiner Ansicht nach vor allem auch viel zu lange.

Er beschließt daher, die „Sache selbst in die Hand zu nehmen“ und mit der Bahn zu Karl nach Augsburg zu fahren.

Dort angekommen, plant er, dem Karl vor dessen Wohnungstür aufzulauern, sich vor ihm drohend aufzubauen und Karl auf diese Weise zu veranlassen, ihm sofort das Geld in bar zu geben.

### **Finden Sie das eine gute Idee?**

Sollten Sie bereits jetzt zu Beginn Ihrer Ausbildung „aus dem Bauch heraus“ zum Ergebnis kommen, dass „Selbstjustiz“ in Deutschland wohl nicht zu dulden sei und Viktor die Angelegenheit nicht selbst in die Hand nehmen sollte, dann kann man Ihnen nur zu Ihrem Rechtsgefühl gratulieren.

Wenn wir aber versuchen wollen, Ihr Bauchgefühl und Ihr Rechtsempfinden rechtlich aufzubereiten, dann ergibt sich hierbei folgender Lösungsansatz:

Falls Viktor tatsächlich auf diese Art und Weise vorgehen würde, könnte er sich der Nötigung strafbar machen (§ 240 StGB)<sup>4</sup>;

**§ 240 Abs. 1 StGB Nötigung**

*Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

Strafrechtlich – so viel sei schon mal verraten – ist Viktor jedoch dann nicht zu belangen, wenn für ihn ein sogenannter Rechtfertigungsgrund vorliegt – er handelt dann nicht rechtswidrig und die begangene Handlung ist gerechtfertigt.

Solch ein Rechtfertigungsgrund könnte sich unter Umständen aus § 229 BGB ergeben:

**§ 229 BGB Selbsthilfe**

*Wer zum Zwecke der Selbsthilfe eine Sache wegnimmt, zerstört oder beschädigt oder wer zum Zwecke der Selbsthilfe einen Verpflichteten, welcher der Flucht verdächtig ist, festnimmt oder den Widerstand des Verpflichteten gegen eine Handlung, die dieser zu dulden verpflichtet ist, beseitigt, handelt nicht widerrechtlich, wenn **obrigkeitliche Hilfe nicht rechtzeitig zu erlangen ist** und ohne sofortiges Eingreifen **die Gefahr besteht**, dass die Verwirklichung des Anspruchs vereitelt oder wesentlich erschwert werde.*

Fraglich ist in diesem Zusammenhang somit, ob der Plan des Viktor durch die Selbsthilfe des § 229 BGB gerechtfertigt ist.

**Arbeitsanweisung:**

*Lesen Sie die Vorschrift des § 229 BGB genau durch und versuchen Sie die Voraussetzungen selbstständig herauszuarbeiten.*

---

<sup>4</sup> Näheres zum Strafrecht finden Sie im Lehrbuch Nr. 9 „Materielles Strafrecht“, Juristischer Verlag Pegnitz GmbH, Pegnitz

Die Nötigung des Viktor ist nach § 229 BGB dann gerechtfertigt, wenn

- er selbst einen Anspruch hat,
- sich der obrigkeitlichen Hilfe nicht rechtzeitig bedienen kann
- und die Gefahr besteht, dass ohne sofortiges Eingreifen die Verwirklichung des Anspruchs vereitelt oder wesentlich erschwert werde.

Viktor hat zwar gemäß § 433 Abs. 2 BGB einen Anspruch gegen Karl, aber Viktor kann sich ohne Weiteres der obrigkeitlichen Hilfe bedienen – er möchte das nur nicht.

Ist er der Meinung, dass schnell gehandelt werden müsse, da Karl sonst sein gesamtes Hab und Gut an den Mann bringen würde, sieht das Gesetz für diesen Fall gerichtliche Eilverfahren, wie z.B. den Arrest<sup>5</sup> nach § 916 ZPO vor. Das Arrestverfahren wird Ihnen noch an anderer Stelle in diesem Lehrbuch vorgestellt.

**Zwischenergebnis:**

Selbsthilfe ist in einem rechtstaatlich geordneten Gemeinwesen grundsätzlich unzulässig. Der Anspruchsinhaber **muss** sich der Hilfe der staatlichen Gerichte bedienen, wenn der Anspruchsgegner den Anspruch nicht freiwillig erfüllen möchte.

Der Staat auf der einen Seite hat aus diesem Grund die Pflicht, entsprechende Gerichte zu schaffen (**Justizgewährungspflicht des Staates**).

Der Bürger hat seinerseits dann auch einen Anspruch darauf – aber eben auch die Verpflichtung – sich der Hilfe der Gerichte bedienen zu können (**Justizgewährungsanspruch des Bürgers gegen den Staat**).

---

<sup>5</sup> Näheres hierzu auch: Lehrbuch Nr. 6 „Zwangsvollstreckungsrecht“, Juristischer Verlag Pognitz GmbH, Pognitz

**Ergebnis:**

Da kein Rechtfertigungsgrund für Viktor vorliegt, würde er sich der Nötigung strafbar machen. Er sollte daher von seinem Plan Abstand nehmen.

**Merke:**

Der Zivilprozess dient dem Zweck, in einem gesetzlich geordneten und fairen Verfahren festzustellen, ob einer Person (Kläger / Antragsteller) der von ihr behauptete Anspruch gegen eine andere Person (Beklagter / Antragsgegner) auch tatsächlich zusteht.

Der Zivilprozess dient damit der Sicherung des Rechtsfriedens, da nur dem Staat das Recht zusteht, im Streitfall einem Bürger zur Durchsetzung seines Anspruches zu verhelfen.

---

## **Zustellungsrecht**

### **Einführung, Grundbegriffe**

#### **Bedeutung und Zweck der Bekanntmachungen**

Zur Durchführung eines Rechtsstreits ist es erforderlich, dass zwischen dem Gericht und den Parteien, oder der Parteien untereinander der Informationsfluss gewährleistet ist.

Durch die **gesetzliche Pflicht zur Bekanntmachung** von Schriftstücken (z.B. der Klageschrift an den Beklagten, der Klageerwidерungsschrift an den Kläger, der Ladung zu Terminen...) wird dieser sichergestellt.

Die Bekanntmachungen an den Gegner geschehen entweder

- **formlos**, vgl. § 270 Satz 1 ZPO = **Mitteilung**  
ohne Beachtung der in der Zivilprozessordnung für Zustellungen vorgeschriebenen Förmlichkeiten

o d e r

- **förmlich = Zustellung**  
Die Übergabe des Schriftstückes wird dabei von einem amtlichen Zustellungsorgan in einer Urkunde festgehalten (Zustellungsurkunde)

o d e r

- durch **Verkündung**  
Dies ist die mündliche Form der Bekanntmachung, wobei im Einzelfall auch Formen vorgeschrieben sind, z.B. § 311 Abs. 2 Satz 1 ZPO.

Ob die Bekanntmachung durch Mitteilung, Zustellung oder Verkündung zu erfolgen hat, ist jeweils ausdrücklich im Gesetz festgelegt, zum Beispiel §§ 218, 270, 310, 329 ZPO.

### Begriff und Zweck der Zustellung

Als **Zustellung** wird die Bekanntmachung in gesetzlich genau geregelter Form nach den Vorschriften der §§ 166 – 195 (§ 166 Abs. 1 ZPO) bezeichnet, durch die einer bestimmten Person (**dem Zustellungsadressaten**) Gelegenheit zur Kenntnisnahme eines Schriftstückes gegeben wird.

#### **§ 166 ZPO Zustellung**

- (1) *Zustellung ist die Bekanntgabe eines Dokuments an eine Person in der in diesem Titel bestimmten Form.*
- (2) *Dokumente, deren Zustellung vorgeschrieben oder vom Gericht angeordnet ist, sind von Amts wegen zuzustellen, soweit nicht anderes bestimmt ist.*

Die Zustellung bewirkt

- a. dass der **Adressat** Gelegenheit erhält, von einem bestimmten Schriftstück Kenntnis zu nehmen, bzw. dass im Falle der Ersatzzustellung die Kenntnisnahme unterstellt wird, ohne Rücksicht darauf, ob dies in Wirklichkeit auch geschehen ist.  
*Näheres zur Ersatzzustellung finden Sie weiter unten.*
- b. dass der **Veranlasser** der Zustellung (z.B. Kläger) nachweisen kann, dass das Schriftstück dem Adressaten (z.B. Beklagten) zugeing, bzw. wird dies im Falle der Ersatzzustellung unterstellt, ohne dass es auf den wirklichen Zugang ankommt.

Dieser Nachweis wird durch die vom **Zustellungsorgan** erstellte Zustellungsurkunde erbracht.

Die Bedeutung der Zustellung kann daran ermessen werden, dass fehlerhafte Zustellungen das in Art. 103 GG gewährte Grundrecht des rechtlichen Gehörs verletzen. Es können daher sehr leicht Schadensersatzansprüche entstehen.

Entsprechend ihrem Zweck besteht die Zustellung aus zwei Hauptbestandteilen:

- Übergabe eines Schriftstückes, um die Kenntnisnahme dem Empfänger zu ermöglichen, §§ 170 – 181 ZPO,
- u n d
- urkundliche Festhaltung von Art, Ort und Zeit dieses Vorgangs, um die Übergabe urkundlich nachzuweisen, § 182 ZPO.

### **Amtszustellung und Parteizustellung**

Zu unterscheiden ist

- die Zustellung **von Amts wegen**  
(§§ 166 – 190 ZPO)
- und
- die Zustellung **auf Betreiben der Parteien**  
(§§ 191 – 195 ZPO).

Ob ein Schriftstück förmlich zuzustellen ist, bestimmt jeweils das Gesetz:

Zum Beispiel ist die förmliche **Klagezustellung** an den Beklagten nach §§ 270 Satz 1, 271 Abs. 1 ZPO angeordnet – auf der anderen Seite erfolgt die Bekanntgabe der Klageerwidderung an den Kläger **formlos** nach § 270 Satz 1 ZPO.

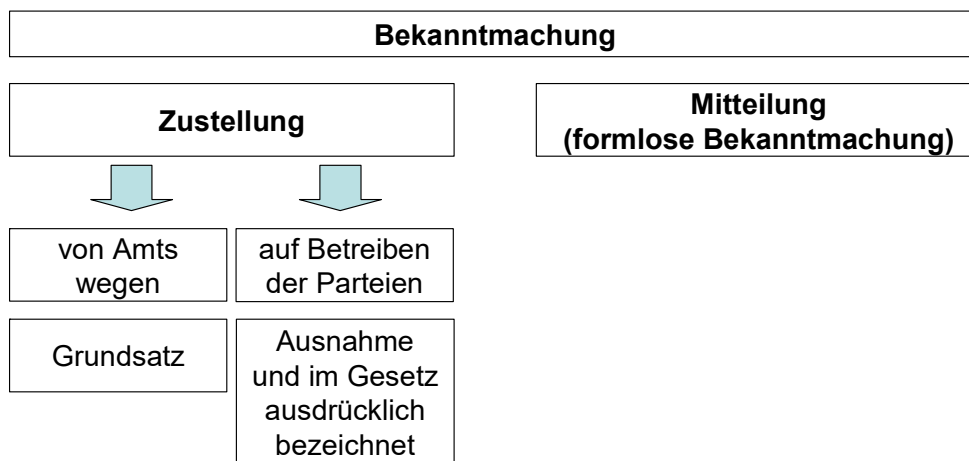
### **Grund der Förmlichkeit:**

Durch die förmliche Zustellung eines Schriftstücks soll gewährleistet sein, dass der Zustellungsadressat sicher Kenntnis erhält (z.B. vom Urteil, selbst wenn es nicht mehr anfechtbar ist). Häufig hat der Zugang eines Schriftstücks daneben auch oder vor allem Einfluss auf den Lauf verschiedenster Fristen.



Wenn das Gesetz von „Zustellung“ spricht ist damit **grundsätzlich die Zustellung von Amts wegen** gemeint (§ 166 Abs. 2 Halbsatz 1 ZPO).

**Parteizustellung** (§ 166 Abs. 2 Halbsatz 2 ZPO) ist als solche stets **besonders bezeichnet** (z.B. §§ 936, 922 Abs. 2 ZPO für die einstweilige Verfügung; § 699 Abs. 4 ZPO: Wahlrecht bei Zustellung des Vollstreckungsbescheids).



### Grundbegriffe der Zustellung

**Zustellungsadressat** ist derjenige, an den zuzustellen ist (z.B. der Beklagte; zu beachten sind aber: §§ 170 – 172 ZPO; *dazu später mehr*) und der daher in dem Adressfeld des Umschlags anzugeben ist.

**Zustellungsorgan** ist derjenige, der die Zustellung ausführt.

**Zustellungsveranlasser** ist derjenige, auf dessen Betreiben die Zustellung veranlasst wird.

## Die Zustellung von Amts wegen (Regelfall)

### Zuständigkeiten des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle

#### **Fall 32:**

A will B verklagen. Er übersendet deshalb die Klageschrift mit 2 Abschriften zum Amtsgericht Nürnberg.

#### **Was hat die Zivilgeschäftsstelle zu veranlassen?**

#### **Lösung:**

Die Geschäftsstelle hat die Akten anzulegen und nach Erledigung weiterer Formalien dem Richter vorzulegen, der nun entscheiden muss, ob ein **früher erster Termin** nach § 275 ZPO anberaumt, oder ob das **schriftliche Vorverfahren** durchgeführt werden soll, § 276 ZPO.

Nachdem der Richter seine Verfügung getroffen hat, muss der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle nach § 168 Abs. 1 ZPO die erforderlichen Zustellungen überwachen:

Er prüft zunächst, **ob** ein Schriftstück zuzustellen ist.

Falls dem so ist, beglaubigt er das Schriftstück (§ 169 Abs. 2 ZPO), da grundsätzlich eine beglaubigte Abschrift (Bestätigung der Übereinstimmung mit dem Original) zuzustellen bzw. zu übergeben ist bzw. eine Ausfertigung (das Original bleibt in den Akten).

Soll ein elektronisches Dokument zugestellt werden, so kann das nach § 173 Abs. 1 ZPO nur auf einem sicheren Übermittlungsweg erfolgen. Den sicheren Übermittlungsweg im Sinne des § 173 Abs. 1 ZPO haben die in § 173 Abs. 2 ZPO genannten Personen zu eröffnen.

An die genannten Personen wird die Zustellung durch ein elektronisches Empfangsbekenntnis nachgewiesen, das an das Gericht zu übermitteln ist, § 173 Abs. 3 ZPO.

An andere Personen kann nach § 173 Abs. 4 ZPO ein elektronisches Dokument nur dann zugestellt werden, wenn sie der Zustellung für das jeweilige Verfahren zugestimmt haben.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle bestimmt ansonsten bei der Zustellung eines Schriftstücks **nach eigenem Ermessen**, ob er die Zustellung entweder

- durch **Aushändigung** an der Amtsstelle (§ 174 ZPO),
- gegen **Empfangsbekennnis** (§ 175 ZPO) oder
- per **Einschreiben mit Rückschein** (§ 176 ZPO).

als Zustellungsorgan selbst ausführen kann (§ 168 Abs. 1 Satz 1 ZPO).

Sieht er davon ab, so beauftragt er nach § 168 Abs. 1 Satz 2, Satz 3 ZPO i.d.R. die Post mit der Ausführung der Zustellung als Zustellungsorgan; als Nachweis für die durchgeführte Zustellung wird eine Postzustellungsurkunde (PZU) erstellt.

Nur ausnahmsweise beauftragt er einen Justizbediensteten (z.B. Gerichtswachtmeister, falls der Adressat während der üblichen Geschäftszeiten nicht anzutreffen ist, falls die Zustellung eilbedürftig ist oder während der Nachtzeit durchzuführen ist...) mit der Ausführung der Zustellung.

Nach § 168 Abs. 2 ZPO kann das Gericht – **nicht der UdG** – auch einen Gerichtsvollzieher oder eine andere Behörde (z.B. Polizei) beauftragen (falls der Adressat z.B. obdachlos ist).

Der Gerichtsvollzieher wird aber dadurch nicht Zustellorgan.

Zustellorgan bleibt weiterhin die Geschäftsstelle,  
der Gerichtsvollzieher ist nur ausführendes Organ.

**Der Urkundsbeamte hat nach Einlauf der Zustellungsurkunde zu prüfen, ob die Urkunde richtig ausgefüllt ist, da er für die ordnungsgemäße Zustellung Sorge zu tragen hat und beurteilen können muss, ob die Zustellung ordnungsgemäß erfolgt ist.**

Fehlt die Unterschrift des Zustellungsbeamten, so kann diese Unterschrift nicht mehr nachgeholt werden.

Schließlich nimmt der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle die Zustellungsnachweise zu den Akten (§ 3 Abs. 1 Satz 6 AktO) und bescheinigt nach § 169 Abs. 1 ZPO **auf Antrag** den Zustellungszeitpunkt.

Bei Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung ist die Zustellungsbescheinigung **auch ohne Antrag** zu erteilen.

#### Grund für die Bescheinigung des Zustellungszeitpunkts:

Der Gegner des Zustellungsadressaten ist nicht im Besitz des Nachweises über die wirksame Zustellung – dieser befindet sich ja bei Gericht. Er kann somit nicht überprüfen, wann die Zustellung denn nun erfolgt ist.

Er braucht aber zum einen diese Kenntnis, um abschätzen zu können, wann etwaige Fristen zu laufen beginnen und zum anderen benötigt er nach § 750 Abs. 1 ZPO den Nachweis der wirksamen Zustellung für die Vollstreckung.

#### Der Zustellungsadressat

##### Prozessfähige Parteien

Bei prozessfähigen Parteien (also i.d.R. volljährigen Menschen) ist die Zustellung an diese selbst zu adressieren:

*„Herrn Peter Müller, Fürther Str. 114, 90429 Nürnberg“*

Ist der Zustellungsadressat verstorben, so ist jede Zustellung (auch eine etwaige Ersatzzustellung) ausgeschlossen, da Rechts- und Parteifähigkeit des Zustellungsadressaten dann fehlen (§§ 1 BGB, 50 ZPO).

### Prozessunfähige Parteien

Bei prozessunfähigen Parteien ist zu differenzieren, ob die Partei eine natürliche Person (also i.d.R. Minderjähriger) oder eben keine natürliche Person ist (z.B. eine juristische Person).

#### **§ 170 ZPO Zustellung an Vertreter**

- (1) Bei nicht prozessfähigen Personen ist an ihren gesetzlichen Vertreter zuzustellen. Die Zustellung an die nicht prozessfähige Person ist unwirksam.
- (2) Ist der Zustellungsadressat keine natürliche Person, genügt die Zustellung an den Leiter.
- (3) Bei mehreren gesetzlichen Vertretern oder Leitern genügt die Zustellung an einen von ihnen.

#### **§ 170 Abs. 1 Satz 1 ZPO:**

Ist die prozessunfähige Partei eine natürliche Person, so ist in das Adressfeld z.B. einzugeben:

*„Herrn Wolfgang Müller, Fürther Str. 114, 90429 Nürnberg,  
als gesetzlicher Vertreter des minderjährigen Peter Müller“*

Die Adressierung zum Beispiel an nur einen Elternteil reicht bei gemeinsamer elterlicher Sorge auch aus, § 170 Abs. 3 ZPO.

Der Zusatz „als gesetzlicher Vertreter...“ ist nicht zwingend, es sei denn es liegt folgende Konstellation vor:

*„Herrn Wolfgang und Frau Ilse Müller, .....,  
als gesetzliche Vertreter des minderjährigen Peter Müller“*

In diesem Fall muss die Anschrift einen Hinweis auf die gesetzliche Vertretung enthalten, weil der Zustellungsbeamte nicht ein Schriftstück an zwei Personen aushändigen kann,

Unzulässig wäre dagegen eine Zustellung mit folgender Adressierung:

*„Herrn Peter Müller, Fürther Str. 114, 90429 Nürnberg,  
gesetzlich vertreten durch Herrn Wolfgang Müller“*

Grund: Das Zustellungsorgan könnte in diesem Fall nämlich den Minderjährigen als den Adressaten ansehen, dem zuzustellen ist. Die Zustellung wäre dann unwirksam, § 170 Abs. 1 Satz 2 ZPO.

Anmerkung:

Ab 01.01.2023 gilt zusätzlich § 170a ZPO:

**§ 170a ZPO Zustellung bei rechtlicher Betreuung**

- (1) Wird an eine Person zugestellt, für die ein Betreuer bestellt ist, ist diesem eine Abschrift des zugestellten Dokuments mitzuteilen, soweit er bekannt ist und sein Aufgabenkreis betroffen ist.
- (2) Wird nach § 170 Absatz 1 an den Betreuer zugestellt, ist dem Betreuten eine Abschrift des zugestellten Dokuments mitzuteilen.

**Sonderfall:**

*Zustellung von Sorgerechtsentscheidungen an den über 14 Jahre alten Minderjährigen.*

*Der über 14 Jahre alte Minderjährige hat in Sorgerechtsentscheidungen (z.B. elterliche Sorge) ein selbstständiges Beschwerderecht. Er ist demnach, obgleich er minderjährig ist, **für das Beschwerdeverfahren uneingeschränkt prozessfähig**. Die Zustellungspflicht nach § 170 Abs. 1 ZPO an den gesetzlichen Vertreter gilt somit im Beschwerdeverfahren nicht.*

*In der Rechtsprechung ist umstritten, ob sich diese uneingeschränkte Prozessfähigkeit auch bereits auf die Zustellung der beschwerdefähigen Entscheidung erstreckt. Verschiedentlich wird dies bejaht und die Zustellung erfolgt an den Minderjährigen selbst – ohne Hinweis auf die gesetzliche Vertretung.*

**§ 170 Abs. 1 Satz 1 ZPO:**

Ist die prozessunfähige Partei keine natürliche Person, so ist es zulässig in das Adressfeld einzugeben:

*„Fa. Olaf Huber OHG, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter Werner Huber, Hauptstr. 8, 91257 Pegnitz“*

Grund:

Es besteht in diesem Fall (anders als beim Minderjährigen) ja gar keine Gefahr, dass an die OHG *persönlich* zugestellt wird (§ 170 Abs. 1 Satz 2 ZPO).

Besser wäre aber Folgendes:

*„Herrn Werner Huber, als persönlich haftenden  
Gesellschafter der Fa. Olaf Huber OHG...“*

Auch hier reicht die Adressierung an nur einen gesetzlichen Vertreter aus, **§ 170 Abs. 3 ZPO**.

Zum anderen besteht nach **§ 170 Abs. 2 ZPO** die Möglichkeit, an einen Leiter zu adressieren, auch wenn dieser nicht gesetzlicher Vertreter ist. Leiter ist eine Person, die aufgrund ihrer Stellung zum Handeln für die Person bestellt ist. Gedacht ist in diesem Zusammenhang beispielsweise an Behörden.

Prozessbevollmächtigter, § 172 ZPO

**§ 172 ZPO Zustellung an Prozessbevollmächtigte**

- (1) In einem anhängigen Verfahren **hat** die Zustellung an den für den Rechtszug bestellten Prozessbevollmächtigten **zu erfolgen**. Das gilt auch für die Prozesshandlungen, die das Verfahren vor diesem Gericht infolge eines Einspruchs, einer Aufhebung des Urteils dieses Gerichts, einer Wiederaufnahme des Verfahrens, einer Rüge nach § 321a ZPO oder eines neuen Vorbringens in dem Verfahren der Zwangsvollstreckung betreffen. Das Verfahren vor dem Vollstreckungsgericht gehört zum ersten Rechtszug.
- (2) Ein Schriftsatz, durch den ein Rechtsmittel eingelegt wird, ist dem Prozessbevollmächtigten des Rechtszuges zuzustellen, dessen Entscheidung angefochten wird. Wenn bereits ein Prozessbevollmächtigter für den höheren Rechtszug bestellt ist, ist der Schriftsatz diesem zuzustellen. Der Partei ist selbst zuzustellen, wenn sie einen Prozessbevollmächtigten nicht bestellt hat.

### **§ 172 Abs. 1 Satz 1 ZPO:**

In einem anhängigen Verfahren ist für den Rechtszug Zustellungsadressat **zwingend** der bestellte Prozessbevollmächtigte der Partei:

*„Herrn RA Dr. Richtig....“*

#### Grund:

Der Prozessbevollmächtigte trägt die Verantwortung für das Verfahren und der Informationsfluss an ihn muss gewährleistet sein.

#### **Rechtszug im Sinne des § 172 Abs. 1 ZPO bedeutet:**

Vom Eingang der Klage bis zu der Einlegung eines Rechtsmittels gegen das Urteil oder bis zur Rechtskraft des Urteils.

**§ 172 Abs. 1 Satz 2 ZPO** stellt in diesem Zusammenhang klar, dass auch in den dort genannten Fällen an den erstinstanzlichen Prozessbevollmächtigten zuzustellen ist.

**§ 172 Abs. 2 ZPO** bestimmt dagegen, wer Zustellungsadressat einer Rechtsmittelschrift ist.

An den Prozessbevollmächtigten ist **ab dem Zeitpunkt** zuzustellen, ab dem das Gericht Kenntnis von dessen Bestellung hat.

Diese Kenntnis von der Bestellung des Prozessbevollmächtigten kann das Gericht erlangen:

- **durch den Prozessbevollmächtigten oder durch die Partei selbst** (vgl. § 80 Abs. 1 ZPO), z.B. durch Vorlage einer Prozessvollmacht oder
- **durch den Gegner** (z.B. bei Angabe in Klageschrift), sofern der Gegner vorprozessual von dem Bestehen der Prozessvollmacht in Kenntnis gesetzt wurde.

#### *Strittig:*

*Viele Gerichte stellen in diesem Fall an die Partei selbst zu, informieren diese dann aber, dass ihrem vorprozessual Bevollmächtigten nicht zugestellt wurde.*